

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

15.2.1932 (No. 38)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsriedrich-
Straße Nr. 14
Karlshöhe
Nr. 953
und 954
Postkonton:
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. M. e. n. d.
Karlsruhe

Druckpreis: Monatlich 3,25 RM. einjährl. 32,50 RM. — Anzeigenpreis: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zeilenzeile. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen halber Preise. Die als Kassenabgabe gilt und verzehret werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwingender Vorklage und Kontroversverfahren fällt der Abdruck fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandberegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Aufgaben der Kleinfiedlung

Zunächst 16 000 Stellen

Nach Mitteilungen, die Reichskommissar Dr. Saanen machte, kann auf Grund der geleisteten Vorarbeiten sofort bei Eintritt günstigen Bauwetters mit der Errichtung von zunächst rund 16 000 vorstädtischen Kleinfiedlerstellen begonnen werden. Die Zahl wird sich noch erhöhen, sobald sich übersehen läßt, ob und inwieweit sich die zunächst für die einzelnen Stellen vorgesehenen Höchstbeträge von je 2500 RM durch Bereitstellung eigener Mittel der Träger oder Siedler ergänzen lassen. Auf Großstädte von über 500 000 Einwohnern entfallen einseitig folgende Zahlen: Berlin 1930, Hamburg-Altona sowie Harburg-Wilhelmsburg 920, Köln 480, München 450, Leipzig 450, Dresden 456, Breslau 350, Frankfurt a. M. 380. Von dem Rest entfallen rund 2000 vorstädtische Kleinfiedlerstellen auf den Ruhrfiedlungsverband und die übrigen auf die bedeutenderen Industriegebiete unter 500 000 Einwohner sowie auf die sonstigen großen Industriegebiete.

Auf Grund der aufgestellten Preisberechnungen sei festzustellen, daß heute in ganz Deutschland der Bau und die Einrichtung einer Kleinfiedlerstelle einschließlich des Wertes der Selbst- und Nachbarkasse der Siedler für 3000 RM möglich ist. Das für diesen Preis erstellbare Siedlerhaus besteht aus einem Wohnraum von 12 bis 14 Quadratmeter, einem größeren Schlafräum von 9 bis 12 Quadratmeter sowie zwei weiteren kleineren Schlafräumen, einem Kellerraum von mindestens 4 Quadratmeter sowie den notwendigen Räumen zur Abstellung von Geräten und zum Lagern von Futter und Materialen. In dem Höchstbetrag von 3000 RM sind weiter einbezogen die Kosten der Ausstattung mit lebendem und totem Inventar einschließlich der Lieferung des für das erste Genußjahr erforderlichen Düngers und Saatgutes sowie der anzupflanzenden Obstbäume, ferner auch die anteiligen Kosten für die Geländeausschließung, Wasser- und Abwasserleitung.

Nach zwei Richtungen hin läßt sich der in der Durchführung begriffene Siedlungsplan Wünschenswerter erfüllen. Die einen kommen aus den zahlreichen Gemeinden und Gemeindeverbänden, denen bis jetzt kein Reichsdarlehen zur Verfügung gestellt werden konnte. Die Berücksichtigung dieser Wünsche sei in erster Linie eine Frage der Bereitstellung ausreichender weiterer Mittel für die Fortführung des Siedlungswerks, die unbedingt notwendig ist, wenn es wirklich einen volkswirtschaftlichen und politischen Erfolg haben soll. Zweitens dürfe und solle die vorstädtische Kleinfiedlung nicht an die Stelle der landwirtschaftlichen und gärtnerischen Volkssiedlung, sondern neben diese treten. Auf die Dauer gesehen, solle die vorstädtische Kleinfiedlung und Kleingartenbesitzung den Industriebeschäftigten krisenfester machen und vor den großen wirtschaftlichen und ethischen Gefahren schützen, die langandauernde Arbeitslosigkeit für jeden Menschen mit sich bringt.

Je umfangreicher das Siedlungswerk wird, desto mehr mühten Strukturveränderungen der deutschen Wirtschaft beachtet werden, um eine Ausfiedlung in Gebieten zu vermeiden, in denen voraussichtlich keine Arbeit mehr zu finden sein wird. Als Beispiel sei hier auf die Verschiebung des Ruhrkohlenbergbaues von Süden nach Norden hingewiesen, die zur Stilllegung der südlichen Randgebiete geführt hat. Bei der Kapitalknappheit, unter der die deutsche Wirtschaft noch für absehbare Zeit leiden wird, könne es nur verantwortet werden, dort Kapital in Neubauten zu investieren, wo der vorhandene Wohnraum nach Umfang und Qualität nicht ausreicht.

Die vorstädtische Kleinfiedlung sei ihrem Charakter als Nebenerwerbssiedlung entsprechend nur für diejenigen bestimmt, die voraussichtlich wieder im großstädtischen Industriegebiet Arbeit finden werden. In zweiter Linie bietet die Stadtrandfiedlung Gelegenheit zur Ansiedlung von Renteneinkommern usw., deren Renteneinkommen allein zur Deckung ihres Lebensunterhalts nicht ausreicht. Voraussetzung sei jedoch, daß derartige Interessenten die Rückwanderung auf das Land nicht zugunehmen werden kann.

Auch in Zukunft sei für die Kleinfiedlung jedenfalls, soweit für sie öffentliche Mittel in Anspruch genommen werden, eine Planmäßigkeit nicht zu entbehren. Beschränkung der finanziellen Förderung auf die von den Gemeinden zu errichtenden Siedlungen sei für den ersten Bauabschnitt geboten gewesen durch die Notwendigkeit, die sogenannte „wilde Siedlung“ durch Errichtung von Musterfiedlungen in geordneter Bahnen zu lenken.

Für die Zukunft sollen auch freie Siedlungsvorhaben gefördert werden. Eine derartige Erweiterung sei aber nur möglich, wenn Sicherungen gegen einen Rückfall in die Gefahren der wilden Siedlung getroffen werden. Die in Gang befindlichen Verhandlungen werden so zeitig abgeschlossen werden,

Letzte Nachrichten

Hindenburg nimmt an

Die Antwort des Reichspräsidenten

W.B. Berlin, 15. Febr. (Tel.) Reichspräsident von Hindenburg gibt auf die an ihn in den letzten Tagen gerichteten Aufforderungen und Anfragen öffentlich folgende Antwort:

„Nach erster Prüfung habe ich mich im Bewußtsein meiner Verantwortung für das Schicksal unseres Vaterlandes entschlossen, mich für eine etwaige Wiederwahl zur Verfügung zu stellen. Der Umstand, daß die Aufforderung hierzu an mich nicht von einer Partei, sondern von breiten Volksschichten ergangen ist, läßt mich in meiner Vereinerkennung eine Pflicht erkennen.“

Sollte ich gewählt werden, so werde ich auch weiterhin mit allen Kräften dem Vaterlande treu und gewissenhaft dienen, um ihm nach außen zur Freiheit und Gleichberechtigung, nach innen zur Einigung und zum Aufstieg zu verhelfen.

Werde ich nicht gewählt, so bleibt mir dann der Vorwurf erspart, meinen Posten in schwerer Zeit eigenmächtig verlassen zu haben. Für mich gibt es nur ein wahrhaft nationales Ziel: Zusammenschluß des Volkes in seinem Existenzkampf, volle Eingabe jedes Deutschen in dem harten Ringen um die Erhaltung der Nation.“

Bisher 2 370 000 Eintragungen

Die dem Hindenburg-Ausschuß gemeldeten Eintragungen beliefen sich am Sonntagabend auf etwa 2 370 000. Es handelt sich hierbei noch nicht um ein abschließendes Zahlungsergebnis.

Genfer Besprechungen

über die Memelfrage

W.B. Genf, 15. Febr. (Tel.) Der vom Völkerbundrat mit der Berichterstattung über die Memelfrage beauftragte norwegische Delegierte Colban hatte heute vormittag getrennte Besprechungen mit Staatssekretär von Bülow und dem litauischen Außenminister Janušis. Am Nachmittag wird Colban mit einigen Völkerrechtsspezialisten aus Kreisen der Ratsmitglieder über die Abfassung des Berichtes beraten.

Der deutsche Außenhandel im Januar

Ausfuhrüberschuss von 105 Millionen Reichsmark, aber Rückgang der Ausfuhr um 25 Prozent

Die für Januar festgestellte Einfuhr belief sich auf 440 Mill. Reichsmark; die tatsächliche Januareinfuhr beträgt jedoch nur 425 Mill. Reichsmark, da in der ausgemessenen Zahl noch rund 15 Mill. Reichsmark an Lagerabrechnungen aus dem Vorjahr enthalten sind. Gegenüber dem Vormonat ist die Einfuhr somit um 65 Mill. Reichsmark zurückgegangen. Der Mengenrückgang der Einfuhr, der etwa 10 v. H. beträgt, ist zum Teil saisonmäßig begründet.

Die Ausfuhr ist von 708 Mill. Reichsmark im Dezember (ausgewiesen 738 Mill. Reichsmark, d. h. einschließlich 30 Mill. Reichsmark nachträgliche Sammelanschreibungen) auf 542 Mill. Reichsmark im Januar zurückgegangen. Die Reparations-Sachlieferungen, in diesen Zahlen enthalten, betragen im Januar 12 Mill. Reichsmark gegen 26 Mill. Reichsmark im Vormonat. Für die Gesamtausfuhr (einschließlich der Reparations-Sachlieferungen) ergibt sich demnach ein Ausfuhrüberschuss um 166 Mill. Reichsmark; die Fertigwaren sind daran mit 143 Mill. Reichsmark beteiligt. Dem Wert nach beträgt die Abnahme der Ausfuhr 23 v. H. Der mengenmäßige Rückgang ist etwas geringer, da der gewogene Ausfuhrdurchschnitt um annähernd 2 v. H. gesunken ist. Saisonmäßige Einflüsse sind im Monat Januar nur in geringem Umfang wirksam. In der Hauptsache ist der Ausfuhrückgang durch die Hemmnisse begründet, die wirtschaftspolitische Maßnahmen der verschiedensten Art dem internationalen Warenaustausch bereiten. Besonders heulig zeigt sich dies in der scharfen Schrumpfung der Ausfuhr nach Großbritannien, die nach einem Rückgang im Dezember um 20 Mill. Reichsmark im Januar einen Sturz um mehr als 50 Mill. Reichsmark erfahren hat. Ferner zeigt u. a. der Warenaustausch einen stärkeren Rückgang nach skandinavischen Ländern und die Niederlande.

Die Handelsbilanz zeigt im Januar einen tatsächlichen Ausfuhrüberschuss von 105 Mill. Reichsmark; einschließlich der Reparations-Sachlieferungen ist die Handelsbilanz mit 117 Mill. Reichsmark tatsächlich aktiv (gegenüber 218 Mill. Reichsmark im Dezember bei Absehung der damaligen Sammelanschreibungen).

den, daß ausreichende Zeit zur Vorbereitung dieser mit den Mitteln des zweiten Bauabschnitts (Mai-Oktober) zu fördernden Siedlungsvorhaben verbleibt.

Zur Memel-Frage

Die Genfer Debatte

Der Völkerbundsrat hat am Samstag auf Verlangen der deutschen Reichsregierung die Unterdrückungspolitik Litauens gegen das Memelland behandelt. Dabei mußte sich der litauische Außenminister Janušis vom Vorsitzenden, dem Franzosen Paul Boncour, belehren lassen, daß Deutschland gar wohl das Recht hat, die Aufmerksamkeit des Rats auf die Vorgänge in Memel hinzulenken und ebenso, daß der Rat das Recht hat, die Sache zu untersuchen. Somit hat Deutschland der Obstruktionspolitik Litauens gegenüber fürs Erste einen Erfolg in Genf errungen.

Der Vertreter Deutschlands, Staatssekretär von Bülow, mußte sich darauf beschränken, das zu verlangen, wofür der Rat zuständig ist, nämlich den Schutz der vom Völkerbundsrat dem Memelland garantierten Autonomie. Er konnte also in der Hauptsache nur auf die Bestimmungen des Memelstatuts Bezug nehmen und darüber hinaus nicht das deutsche Recht auf Rückgabe des Memellands vertreten, die von der Volksstimmung in Deutschland gefordert wird, wie auch die reichsdeutsche Organisation der Memelländer bereits eine Volksabstimmung verlangte. Aber das, was Deutschland in Genf vorbrachte, genügt wahrlich, um die Unhaltbarkeit der Verhältnisse in Memel zu beweisen. Es zeigt die Verdrückung der memelländischen Bevölkerung, die so ist, daß man sie sich schlimmer gar nicht vorstellen kann. Dabei ist das Memelland nach Kultur und Sprache ein deutsches Land. Der Völkerbund habe dem Memelland seine Autonomie zu gewährleisten, die, wie es im Memelstatut ausdrücklich heißt, dazu da ist, „die überlieferten Rechte und die Kultur der Memelländer zu sichern.“

Der norwegische Berichterstatter Colban wird nun, von einem Ausschuss des Rats unterstützt, die Frage der Verletzung des Memelstatuts durch Litauen prüfen und voraussichtlich schon am morgigen Dienstag ein Gutachten vorlegen. Litauen ist vom Vorsitzenden des Rats ausdrücklich angehalten worden, keine Verschärfung der gegebenen Situation in Memel eintreten zu lassen, worauf Deutschland seine ursprüngliche Forderung zurückstellte, daß der Berichterstatter eine provisorische Regierung für Memel bilde. Der litauische Außenminister hatte, wie gesagt, die Unverfrorenheit, Deutschland das Recht abzustreiten, in Genf einzugreifen und ferner zu erklären, daß die Vorgänge in Memel überhaupt niemand etwas angingen. Dabei sprach er von einem „Hochverrat“ der memelländischen Regierung, während es sich bei den Besprechungen Böttchers in Berlin um rein wirtschaftliche Fragen im Interesse Litauens handelte, wie sie schon vielfach geführt worden sind, und im Rahmen der dem Memelland zugestanden Autonomie liegen. Ferner behauptete der litauische Vertreter, das Memelland sei litauisch. Dagegen wandte sich der deutsche Vertreter, den feststellte, daß das Memelland eine Jahrhunderte alte deutsche Siedlung ist, die ihren deutschen Charakter bis zum heutigen Tage sich erhalten hat.

Das verratene Memelland

Die Behauptung des „Hochverrats“ aus dem Munde des Vertreters der Regierung eines Staates, der seit dem Kriegsende nichts als Verrat und Hochverrat gegen das Memelland und gegen Deutschland betrieben und begünstigt hat, ist der Gipfel der Unverfrorenheit. Schon vor dem Zusammenbruch im Jahre 1918 begannen die Untertriebe des litauischen Nationalismus, mit dem Ziel, etwa ein Drittel Ostpreußens abzutrennen und dem erhofften litauischen Staat anzugliedern, obwohl dieser litauische Staat gar nicht existieren würde ohne den deutschen Vormarsch in Rußland und ohne die deutschen Siege über die russischen Armeen. „Man mußte sich Deutschlands Notlage zunutze machen“, bekannte schon 1919 der bekannte litauische Agitator, Pfarrer Dr. Gaigal, ein Mann, der alles, sein Studium, sein Amt und noch mehr den Deutschen verdankte, der es auch für gut gehalten hatte, schon vor dem Krieg, als man auf sein hinterhältiges Treiben aufmerksam wurde, sich von einem kurzfristigen deutschen Gericht in einem großen Presseprozeß in Memel seine „deutsche Gesinnung“ bestätigen zu lassen und als litauischer Abgeordneter im Preussischen Landtag Hospitant der deutsch-konservativen Fraktion war. Gaigal ist geradezu ein Lehrbeispiel für die Hinterhältigkeit des nationalistischen Litauertums, das sich in seinen Gebietswünschen, wie gesagt, nicht nur auf das Memelgebiet beschränkt hat,

sondern von Ostpreußen noch ein gewaltiges Gebiet mit den Städten Elst, Insterburg und sogar der Hauptstadt Königsberg abtrennen hatte wollen. Für diese Städte hatte man auch schon litauische Namen bereit (Lilsae, Nesgrute, Karalaucias).

Dabei ist nicht einmal der „litauische“ Name für die Stadt Memel (Klaipeda) litauisch, sondern lettisch-litauisch. Die Stadt Memel ist die älteste ostpreussische Stadt. Sie wurde in 13. Jahrhundert durch den Schwertbrüderorden von Riga her begründet, der aber bald darauf Burg und Stadt an den Deutschen Orden abtrat. Der nördliche Teil des Gebiets mit Memel hat überhaupt nie zu Litauen gehört, der südliche Teil, der als Grenzwalddüfte belassen worden war, nur vorübergehend und auch nur zum Teil. Bei der Inbesitznahme des Gebiets durch den deutschen Orden wohnte im nördlichen Gebiet eine sehr dünne, lettisch-litauische Bevölkerung, deren Reste sich noch in den Fischerdörfern und Badeorten Schwarzwort, Nidden und Windenburg erhalten haben, eine Bevölkerung, die aber so ausgesprochen deutsch fühlt, daß sie bei einer Befragung über die Unterrichtssprache in den Schulen (während der Zeit der französischen Besetzung) sich ausnahmslos als deutsch bekannte und den deutschen Unterricht für ihre Kinder forderte. Litauische Muttersprache und Familiensprache hat im Memelgebiet nur eine schwache Hälfte der Bevölkerung. Aber diese Litauer sind ebenso wie die deutschen Siedler, erst mit der Zeit vom Orden in das von ihnen beherrschte Land gerufen worden. Deutsche und Litauer haben von jeher in Memelland munter durcheinander gelebt und so kommt es, daß es ebenso viele Litauer mit deutschen wie Deutsche mit litauischen Familiennamen gibt. Auch der weitaus größte Teil der memelländischen Litauer hat damals deutsche Unterrichtssprache für seine Kinder verlangt, und bei allen Wahlen, die im Memelland bisher stattfanden, hat es sich gezeigt, daß die litauische Bevölkerung dort sich dem deutschen Kulturkreis zugehörig betrachtet. Auch im jetzigen Landtag haben die memelländischen Parteien, die memelländische Landwirtschaftspartei und die memelländische Volkspartei, die gewaltige Majorität von 10 + 8 Sitzen, wozu noch 4 Sozialdemokraten kommen, während im Landtag nur 5 Nationalsozialisten sitzen. Die memelländischen Litauer, die evangelisch sind, haben zu den katholischen Litauern der ehemaligen russischen Gebiete bis vor dem Krieg überhaupt gar keine Beziehungen unterhalten. Die zwei litauischen Dialekte, die im Memelland gesprochen werden, sind von dem Litauisch jenseits der Grenze so verschieden, daß die amtlichen litauischen Bekanntmachungen im Memelland nur in deutscher Sprache verfaßt werden. Während der Kulturkampf der memelländischen Bauernwirtschaften ungefähr auf der Höhe der bäuerlichen Wirtschaften in Deutschland steht, wird drüben von einem ungeheuer armen Volk eine Wirtschaft betrieben, die mindestens um 100 Jahre der Zeit nach ist. (Schluß folgt.)

Kurze Nachrichten

Das Kartell der republikanischen Verbände Deutschlands veranstaltete in Berlin im ehem. Herrenhaus eine fast besuchte Kundgebung unter der Parole: Sammlung aller Republikaner zur energischen Abwehr gegen die Feinde der Republik.

Die deutsche Liga für Völkerverständnis veranstaltete in Genf einen Empfang, bei dem Herr v. Rheinbaben eine Ansprache hielt, in der er die Ausführungen des Reichsfanziers in der Abrüstungsfrage unterstrich.

Politische Zusammenstöße. In der Nacht zum Sonntag kam es in Berlin in verschiedenen Gegenden mehrfach zu Zusammenstößen zwischen Anhängern beider radikaler Parteien. 15 Nationalsozialisten und 9 Kommunisten wurden festgenommen, 9 Personen erlitten Verletzungen.

In Hamburg wurden verschiedene nationalsozialistische Flugblattverteiler am gestrigen Sonntagmorgen gegen 10 Uhr von Kommunisten bedrängt. Ein Nationalsozialist wurde durch einen Kopfschuß getötet, ein anderer leicht verletzt. Die Täter sind entkommen.

Der Präsident der Braunschweigischen Staatsbank, Dr. Stübgen, der vor einiger Zeit seine Beurlaubung nachgesucht hatte, ist in den Ruhestand versetzt worden. Die Frage des Ruhegehalts wird von dem gegen ihn eingeleiteten Disziplinarverfahren abhängen.

Verbot der „Bremer nationalsozialistischen Zeitung“. Auf Beschluß der Reichskommission des Senats in Bremen, ist die „Bremer nationalsozialistische Zeitung“ auf die Dauer von 4 Wochen, bis 11. März, verboten worden. Anlaß zu dem Verbot gaben zwei Artikel, in denen ein Senatsmitglied und der Reichstanzler beschimpft wurden.

Französischer Zollzuschlag für deutsches Malz. Die französische Regierung hat der Kammer einen Gesetzesentwurf zugehen lassen, durch den sie für die Einfuhr von Malz deutscher Herkunft einen Zollzuschlag von 60 Francs pro Doppelzentner einführen will.

Die polnischen Kumpel werden abgeschoben. Die Direktion der Schiffschienen in Mülhausen hat dieser Tage 250 ledige polnische Bergarbeiter in ihre Heimat abgeschoben. An ihre Stelle sind einheimische Arbeitskräfte getreten.

Das polnische Budget ist vom Sejm in der Regierungsfassung mit der Mehrheit des Pilsudski-Blodes angenommen worden. Das Budget sieht einen Fehlbetrag von 74 Millionen Ploty vor.

Der polnische Generalkommissar in Danzig, Strasburger, hat seine Demission eingereicht, die angenommen wurde. Als Nachfolger ist der bisherige polnische Generalkonsul in Königsberg, Papez, angesetzt.

Der alindische Kongresspräsident, Sirdar Sarpal Singh, ist verhaftet worden. Er wurde nach Lahore zurückgebracht. An seiner Stelle übernahm der bengal-mohammedanische Führer Kalam Nag die Würde des Kongresspräsidenten.

Der Lehrstuhl für lateinische Sprache und Literatur an der Universität Basel wird durch Professor Dr. Harald Fuchs, der zeit Ordinarium für lateinische Philologie an der Universität Königsberg, besetzt.

Reichspräsidentenwahl am 13. März

Vorschlag des Reichsinnenministers

Der Reichsinnenminister hat den Reichstagspräsidenten gebeten, einen Beschluß des Reichstags über den Wahltag für die Reichspräsidentenwahl herbeizuführen. Als Wahltag hat er namens der Reichsregierung den 13. März, für einen etwa erforderlichen zweiten Wahlgang Sonntag, den 10. April, vorgeschlagen.

Der Reichsinnenminister hat die Landesregierungen dahin verständigt, daß er dem Reichstag als Wahltag für die Reichspräsidentenwahl Sonntag, den 13. März, vorgeschlagen hat. In der Voraussetzung, daß der Reichstag diesem Vorschlag entsprechend beschließen wird, hat der Reichsinnenminister die Landesregierungen gebeten, die Gemeindebehörden anzuweisen, mit der Anlegung der Stimmlisten und Nachprüfung der Stimmkarten sofort zu beginnen.

Der Stahlhelm und die Reichspräsidentenwahl

W.B. Berlin, 15. Febr. (Priv.-Tel.) Die Presseabteilung des Bundesamts des Stahlhelm, v. d. F., teilt mit:

Am Sonntag waren die Landesverbände des Stahlhelm in Berlin zur Besprechung der Frage der Reichspräsidentenwahl versammelt. Die Aussprache ergab in voller Einmütigkeit, daß der gesamte Stahlhelm wie im Jahre 1925 zum Einsatz für den Generalfeldmarschall v. Hindenburg bereitsteht, wenn eine ausreichende sichbare Voraussetzung für einen Kurswechsel geschaffen wird. Dem Herrn Reichspräsidenten ist dieses Ergebnis zur Kenntnis gebracht worden.

W.B. München, 15. Febr. (Priv.-Tel.) Der „Bayerische Kurier“, der vor kurzem den Beschwerdebrief des Stahlhelm an Hitler veröffentlichte, gibt heute von der Antwort Adolf Hitlers an Selbst Kenntnis. Hitlers Brief ist vom 12. Januar datiert und fordert von dem Stahlhelm, sich in der Frage der Reichspräsidentenwahl bedingungslos hinter die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei zu stellen.

Hitler erklärt wörtlich: „Ich darf noch bemerken, daß es als selbstverständlich gilt, wollen Sie mit uns gemeinsam auf einer Ebene dieses Ziel verfolgen (den Kampf gegen die Regierung Brüning), der nationalsozialistische Bewegung in der Frage der Reichspräsidentenwahl bedingungslos Gefolgschaft zu leisten. Dazu gehört vor allem, daß der vertrauliche Brief, den das Bundesamt des Stahlhelm vor wenigen Tagen zur Frage der bevorstehenden Präsidentschaftswahl an seine Führer hinausgegeben hat, zurückgezogen und für vollkommen ungültig erklärt wird.“

Die Parteien

Der „Vorwärts“ spricht sich gegen eine sozialdemokratische Kandidatur aus. Die Sozialdemokratie kann keinen Mandat aufstellen, ohne wirklich um den Sieg zu kämpfen. Die Sozialdemokratie müsse im Interesse der Arbeiterklasse alles tun, um wenigstens dem Faschismus den Sieg zu entreißen. Mit anderen Worten: Sie müsse auf einen eigenen Kandidaten verzichten, wenn sie einen anderen sieht, durch dessen Aufstellung ein Keil in die Reihen der Gegner getrieben und eine Niederlage der Dazburger Front herbeigeführt werden könne.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat eine Entschlüsselung gefordert, in der es heißt, daß die Deutsche Volkspartei sich mit aller Kraft für die Wiederwahl Hindenburgs einsetze.

Die in Berlin versammelten Vertreter der Volkskonservativen Vereinigung richteten an Reichspräsident von Hindenburg ein Telegramm, in dem sie ihn bitten, eine neue Kandidatur als Reichspräsident anzunehmen.

Der Aufführerbund hatte am Sonntag die Vorsitzenden der Landesverbände zu einer Besprechung einberufen. In dieser Versammlung wurde die Frage der Reichspräsidentenwahl diskutiert. Das Ergebnis der Beratungen wird der Vorsitzende des Aufführerbundes am heutigen Montag dem Reichspräsidenten unterbreiten. Ferner werden am heutigen Montag voraussichtlich die Stahlhelmführer und Oberbürgermeister Sahn vom Reichspräsidenten empfangen.

In einer nationalsozialistischen Versammlung in München führte Stadtrat Eiser aus, daß er sich von Adolf Hitler die Ermächtigung geholt habe, offen zu erklären, daß die Nationalsozialisten bei der kommenden Wahl ihre Stimmen solange Hindenburg nicht geben würden, als dieser an Dr. Brüning als Kanzler festhalte. Der Hindenburg bereit, dem Willen der Nationalsozialisten entgegenzukommen, dann würden keine Schwierigkeiten im Wege sein zu wählen. Von der ausdrücklichen Namensnennung eines nationalsozialistischen Kandidaten nahm Eiser Abstand.

Minister Klages in Braunschweig teilt mit, daß die Meldung eines Berliner Blattes über eine bereits am Freitag vollzogene Ernennung Hitlers zum Professor an der Technischen Hochschule Braunschweig nicht den Tatsachen entspreche.

Kleine Chronik

Im olympischen Eishockeyturnier in Lake Placid wurde das Schlussspiel Kanada-Amerika ausgetragen. Der Kampf endete trotz dreimaliger Verlängerung unentschieden. Kanada ging ungeschlagen aus dem olympischen Eishockeyturnier als Sieger vor Amerika, Deutschland und Polen hervor. Durch einen Sieg über Polen rückte die deutsche Eishockeymannschaft auf die dritte Stelle, was Deutschland die erste bronzene Olympia-Medaille einbrachte.

In dem Dorfe Unterwasungen bei Koburg brach heute, Montag, am frühen Morgen an zwei verschiedenen Stellen zugleich Feuer aus, das zwei Wohnhäuser, vier Scheunen, vier Ställe und mehrere Nebengebäude einäscherte. Zahlreiches Vieh ist in den Flammen umgekommen. Es liegt ein zweifelhaft Brandstiftung vor.

Das Schnell-Schöffengericht Berlin verurteilte den wegen Diebstahls angeklagten Banfner Wallbad zu 3 Monaten Gefängnis, den Vermittler Keiser zu 2 Monaten Gefängnis.

Auf dem Hochammerichacht in Orisow (Deutsch-Oberschl.) ereignete sich am Sonntag eine Kohlengasexplosion, die einen Brand zur Folge hatte, der zur völligen Vernichtung der Schachtanlage führen dürfte. Da für die Belegung einer Feiertage eingelegt worden war, ist eine unübersehbare Katastrophe vermieden worden.

Der Schauspieler Weiff, der sich wegen eines Gastspiels in Bukarest aufhält, liegt mit 89 Grad Fieber im Krankenhaus. Sein Zustand ist besorgniserregend.

Durch einen Dynamitanschlag wurde heute Nacht in Göteborg (Schweden) ein Wohngebäude in die Luft gesprengt, in dem mehrere Familien wohnten. Ein 35-jähriger Bauarbeiter hatte beschloffen, an seiner von ihm geleiteten Frau Ruhe zu haben. Aus den Trümmern wurden drei Tote und sechs zum Teil schwer verletzte Personen geborgen. Den Täter fand man in einem Walde in der Nähe der Stadt tot auf.

Vor einer japanischen Aktion

Landung starker japanischer Streitkräfte

Die Japaner landeten am Sonntag starke Streitkräfte mit Tanks, Panzern, leichten und schweren Geschützen und Artillerie und ließen sie in die internationale Niederlassung marschieren. Aus maßgebenden japanischen Mitteilungen geht hervor, daß von den Transporten, die Samstagabend eingetroffen sind, 12.000 Mann gelandet wurden. Die Truppen zogen durch Jangtseu nach dem japanischen Teil der Niederlassung unter Hochrufen der an beiden Seiten der Straße aufgestellten japanischen Einwohner. Von amtlicher japanischer Seite verlautet, daß augenblicklich keine japanischen Truppen jenseits der Rufungsbucht stehen, wo die Chinesen weiterhin die Stellungen halten. Man sieht das Eintreffen der neunten japanischen Division unter dem Schutz von vier Kreuzern als Vorzeichen einer großen Offensive an, um die Chinesen aus Schanghai und Wufong endgültig zurückzudrängen.

Die Chinesen sollen sich freiwillig zurückziehen

W.B. Paris, 15. Febr. (Tel.) Die Blätter bringen aus Schanghai eine Erklärung des Generals Noda, die er bei einer Pressekonferenz abgab. Er sagte: Wenn die japanischen Truppen gegenwärtig in der Gegend von Schanghai unruhig bleiben, so deshalb, weil das japanische Kommando den Chinesen Truppen Gelegenheit geben will, sich zurückzuziehen. Seine Aufgabe ist es, alles zu beseitigen, was irgendeine Unruhe in der Schanghai-Gegend verursachen könnte. Deshalb dränge ich auch darauf, daß die chinesischen Truppen zurückgehen, und ich hoffe, dieser Rückzug wird freiwillig erfolgen.

Die japanische Artillerie setzte heute früh das Bombardement auf Schanghai fort. Mehrere Granaten explodierten dicht bei einem Blockhaus an der Grenze der internationalen Konzeption, das von englischen Freiwilligen belegt war. Die Besatzung mußte das Blockhaus vorübergehend räumen.

Japanische Bombenflugzeuge haben die Eisenbahnlinie Schanghai-Ranting zerstört.

Die Durchführungs der Notverordnung

Die Verhandlungen des Preiskommissars

Die Verhandlungen des Preiskommissars für Preisüberwachung mit dem Exportiererverband haben zu folgendem Ergebnis geführt: Die auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 um 10 Proz. gestiegenen Tarife sind bei Rohstoffen, Kohle, Baumaterialien, Lebensmitteln um weitere 10 Proz., bei Halbfabrikaten um weitere 5 Proz. zu senken. Eine weitere Senkung der Tarife wird nicht vorgenommen bei Fertigfabrikaten und Genussmitteln.

Die Prüfung der Düngepreise der Düngemittelwerke hat ergeben, daß für die laufende Düngeperiode eine Preisfestsetzung nicht erfolgen kann.

Tilgungsfähigkeit der Realkreditinstitute

Im Hinblick auf die schwierige Lage des Neubaubereiches und in dem Bestreben, die weitere Senkung der Neubaumieten zu fördern, hat der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister, die Spitzenverbände der Realkreditinstitute gebeten, bei der Bemessung der Tilgungsfähigkeit von Tilgungshypotheken ein möglichst weitgehendes Entgegenkommen zu üben. Der Reichsarbeitsminister bezeichnet es als erstrebenswertes Ziel, daß allgemein ein Tilgungssatz von 2 Proz. zur Regel wird und nur da Tilgungssätze von mehr als 2 Proz. bis 1 Proz. festgehalten werden, wo dies nach Lage des Einzelfalles unbedingt geboten ist. In dem Rundschreiben betont der Reichsarbeitsminister erneut seine grundsätzliche Auffassung, daß für die Finanzierung des Wohnungsbaues das System der Tilgungshypotheken unbedingt den Vorrang gegenüber den gewöhnlichen Kündigungshypotheken verdient. Er wendet sich aber nachdrücklich dagegen, daß etwa Hypotheken, für die bisher keine Tilgung vorgesehen war, nunmehr nachträglich in Tilgungshypotheken umgewandelt werden, da dies unzulässig die Gefahr künftiger Mietssteigerungen in sich schließt.

Gegen die Politisierung der wahlmündigen Jugend

Ein Schreiben des Reichsinnenministers an die Parteien. Reichsinnenminister Groener hat an die Vorsitzenden aller im Reichstag vertretenen Parteien ein Schreiben gerichtet, in dem er nach einem Hinweis auf die parteipolitische Gegenwartslosigkeit, die sich bei der Jugend immer mehr als Nährboden jugendfremden Hassgeistes und schwerer Untaten erweise, die Führer der politischen Parteien dringend auffordert, sie möchten angeht, der auf dem Spiel stehenden Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes entgegen, ob nicht ganz allgemein die parteipolitische Bearbeitung und Betätigung der Jugend, die das Wahlalter noch nicht erreicht hat, eingestellt werden könnte.

Es ist mir klar, heißt es in dem Schreiben weiter, daß angesichts der gesamten Verhältnisse der von mir angeregte Bericht der Parteien mancherlei Einwände begegnen wird. Die rasche und schwere Verschlimmerung der Verhältnisse lasse aber nur von einem radikalen Eingreifen eine Wendung zum Besseren erhoffen. Auch vom außenpolitischen Standpunkt erscheint es dringend empfehlenswert, dem parteipolitischen Wesen und Treiben der wahlmündigen Jugend, das nur ein zwittriges, sich in inneren Kämpfen verzehrendes Deutschland der Zukunft erwarten ließe, ein Ende zu machen. Der Reichsinnenminister erachtet die Parteiführer, ihm ihre grundsätzliche Stellungnahme zu dem Appell sobald wie möglich mitzuteilen.

Eisenbahnanschlag in Frankfurt

Der D-Zug Sentimiglia-Paris ist am Sonntag kurz vor 19 Uhr etwa 5 Kilometer vor der Einfahrt nach Marseille entgleist. Man glaubt, daß es sich um ein Attentat handelt. Trotz des ersten Unfalls sind glücklicherweise nur einige Reisende unversehrt verletzt worden. Die Untersuchung hat ergeben, daß der Zug in die Luft gesprengt werden sollte. Als er die Unfallstelle passierte, ist ein Sprengstoffkörper explodiert. Man vermutet einen Zusammenhang mit einem Anschlag, der am 9. Februar auf den Zug verübt wurde, wo Verbrecher den Zugführer überfielen, um sich der von ihm verwalteten, mehrere tausend Franken enthaltenden Kasse zu bemächtigen.

Einkaufung der Mandchuri-Kommission in San Francisco. Lord Ashton und die andern Mitglieder der Untersuchungskommission, welche vom Völkerbund nach der Mandchurien-Entscheidung worden sind, sind in San Francisco eingetroffen. Sie schiffen sich sofort nach dem Fernen Osten ein. Lord Ashton gab der Hoffnung Ausdruck, die japanisch-chinesischen Meinungsverschiedenheiten in der Mandchurienfrage belegen zu können. Er zweifelt daran, daß sich die Kommission noch mit der Schanghai-Frage befassen können.

Badischer Teil

Der nationalsozialistische „Setzungsboten“ in Rastatt verwahrt

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Die in Rastatt wöchentlich erscheinende Zeitung „Der Setzungsbote“ brachte in der Folge vom 6. Februar 1932 unter der Überschrift „Mit dem Tode wird bestraft“ einen Artikel, der Beschimpfungen der Organe und Behörden des Staates enthielt und daher die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdete. Gemäß den Bestimmungen der Notverordnung hat daher der Minister des Innern gegen das Blatt eine Verwarnung ausgesprochen.

Senkung der Gebühren des Badischen Revisionsvereins

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Der Aufsichtsrat des Badischen Revisionsvereins in Mannheim hat beschlossen, die Mitgliedsbeiträge für die Dampfheizüberwachung bei Kesseln bis zu 5 Quadratmeter und bei Drehlochmotoren um 20 Proz. und bei den übrigen Dampfesseln um 10 Proz. zu kürzen.

Die Gebühren für die Prüfung von Kraftfahrzeugen und deren Führer wurden durch die Bekanntmachung des Herrn Reichsverkehrsministers vom 11. Januar um 10 Proz. herabgesetzt.

Auch die Gebühren für die übrigen im staatlichen Auftrag zu prüfenden Anlagen, wie Aufzüge, Asephenanlagen, Mineralwasserapparate und Behälter für verdichtete und verflüssigte Gase, werden um 10 Proz. gekürzt.

Deutsche Arzneitaxe 1932

Auf Grund des § 80 der Reichsgewerbeordnung wird die vom Reichsrat beschlossene deutsche Arzneitaxe 1932 mit Wirkung vom 1. Februar für Baden in Kraft gesetzt und hierzu hinsichtlich der Krankenversicherungen u. a. folgendes bestimmt:

a) Bei monatlichen Rechnungsbeträgen bis zu 25 M braucht der Apotheker keinen Abschlag zu gewähren. Von dem 25 M übersteigenden Rechnungsbetrag hat er 7 v. H. nachzulassen, wenn die Rechnung innerhalb 10 Tagen nach ihrem Eingang bei der Kassenstelle beglichen wird.

b) Werden Arzneien nur gegen Vorzahlung abgegeben, so sind vom Verkaufspreis in jedem Falle 7 v. H. nachzulassen.

c) Für kleine Apotheken mit einem Jahresumsatz bis zu 25 000 M kann im Einzelfall auf Antrag und nach Prüfung der Verhältnisse der Abschlag bis auf 3 v. H. herabgesetzt werden.

d) Von den Preisen der Salzwasser- und Heilquellen, der Jodpräparate, der Salzwasser-Präparate, sowie der Jodine und der entsprechenden, aus der Kochsalzsalzherstellung, zur Einspritzung unter die Haut bestimmten Präparate, braucht der Apotheker einen Abschlag nicht zu gewähren. Die Preise dieser Mittel bleiben bei der Feststellung des abschlagfreien Rechnungsbetrags nach a) unberührt.

Die Preise der deutschen Arzneitaxe in Verbindung mit dem Abschlag, gelten auch weiterhin als die nach § 376 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung festzusetzenden Höchstpreise.

Der Handelsverkehr mit der Schweiz

Infolge der Kündigung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrags auf den 5. Februar 1932 wurden sowohl auf deutscher als auch auf schweizerischer Seite, wie jeherzeit berichtet, starke Vorkäufe gemacht. Aus Singen a. S. wird berichtet: Neben großen Mengen von Holz haben vor allem die St. Galler Stickerhäuser beträchtliche Mengen ihrer Spezialitäten an deutsche Grenzplätze verschifft, um die günstigen Zolltarife noch auszunutzen. Es ist ferner berichtet worden, wie im kleinen Grenzverkehr mit den Hausstandsarten Wehrlortkäse geläufig wurden, als ob eine Hungersnot bevorstünde. Jetzt ist der erwartete Rückschlag eingetreten. Seit Inkrafttreten der neuen Zolltarife und der Einführung der Zollkontingente ist der Verkehr an der Grenze wie abgebrochen.

Der Schweizerische Bundesrat hat die zollfreie Einfuhr von Obst, Gemüse und Kartoffeln im kleinen Grenzverkehr wieder auf die Mengen zurückgeschraubt, die im Handelsvertrag festgelegt sind. Die von den Zollkontingenten der Grenzpläne über diese Mengen hinaus zur zollfreien Einfuhr bewilligten landwirtschaftlichen Artikel fallen seit dem 5. Februar dahin. Die gleiche Maßnahme wurde gegenüber den landwirtschaftlichen Produkten aus dem Elsass angeordnet. Im Kanton Basel-Land hat sich nun ein Initiativkomitee gebildet, das beim Bundesrat zugunsten des einheimischen Feldgemüsebaus und der Gärtnereien eine weitere Erleichterung dieser bereits ermäßigten Mengen erreichen will. Gerade die Stadt Basel, die einen großen Teil ihres Gemüsebedarfs aus Oberbaden und dem Elsass bezieht, soll veranlaßt werden, mehr auf die einheimischen Erzeugnisse zurückzugreifen. Diese stehen aber vielfach den badischen Erzeugnissen an Güte und Geschmack nach. Während die Basellandschaftliche Regierung die Eingabe des Initiativkomitees unterstützt, haben sich die Behörden des Kantons Basel-Stadt bisher nicht daran beteiligt.

Aus den Parteien

Auf einer in Rastatt abgehaltenen Versammlung der Deutschen Volkspartei sprach auch Finanzminister Dr. Mattes über die politischen Entscheidungen im Jahre 1932. Zur Reichspräsidentenwahl gab der Redner seinen Beträubnis darüber Ausdruck, daß das deutsche Volk in dieser Frage sich gespalten habe und zeichnete Hindenburg als den Fort der Autorität und als Vorbild treuerer Pflichten aus. Zur gegenwärtigen Wirtschaftskrise übergehend, betonte der Minister, daß trotz der Krisenzeit die badischen Finanzen in Ordnung seien, denn der Ausgabenetat sei dem Einnahmetat angeglichen, damit müsse man in der heutigen schweren Zeit zufrieden sein.

Lagungen

Vom Redarischerverband. In der Generalversammlung in Pflaumersheim a. N. wurde berichtet, daß im Laiberverkehr von den Mitgliedern 192 925 Tonnen befördert wurden gegen 199 319 Tonnen im Vorjahre. Im ganzen verkehrten zwischen Mannheim und Heilbronn 269 Schlepplüge (283 i. V.) und 46 (35) Lokalschlepplüge. Den Gesamtentnahmen von 174 983 Reichsmark stehen 174 432 M. Ausgaben gegenüber. Das Gesamtvermögen stieg um 2278 M. auf 5808 M. an. Beschlossen wurde, daß der Schiffspark der im Verein vereinigten Mitglieder nicht mehr vergrößert werden darf. Über die künftige Entwicklung der Redarischifffahrt wurden starke Bedenken geäußert.

Was hat man zu tun, wenn es in einem Hause brennt?

Bricht in einem Hause ein Brand aus, so sucht man ihn sofort zu löschen, wie bereits angegeben wurde, räumt alles Brennholz dem Feuer aus dem Weg und ruft im Hause um Hilfe. Ist man nicht ganz sicher, daß man das Feuer allein bewältigen kann, so schickt man gleichzeitig zur Feuerwehr oder eilt selbst zu ihr. Man meldet dabei den Brand schleunigst mittels Telefon mit dem Anruf: „Feuerwache“, oder falls keine solche besteht, mit „Feuermelder“, oder beim nächsten Feuermelder. (Jeder muß wissen, wo er sich in der Not hingewenden und was er dabei zu tun hat, damit keine unerklärliche Zeit verloren geht.) Ist kein gefüllter Eimer, keine Hausfeuerlöschke oder auch kein sonstiger Handfeuerlöschke im Hause, so reißt man z. B. brennende Vorhänge herab und tritt sie aus. Flammen in der Höhe schlägt man mit einem um einen Schrubber gewundenen nassen Rüstuch aus. Schließt bei einem brennenden Zimmer ja sofort dessen Türen und Fenster, sonst entsteht Durchzug und Großfeuer, und bald brennt das ganze Haus! Schließt auch die Gänge, Türen zum Treppenhaus, damit dieses nicht beraumt, sondern für die Flucht und die Feuerwehr frei bleibt. Nachts alle wachen, sodann, wenn auch nur halb beiseit, schleunigst flüchten, wenn möglich ins Freie, sonst nach dem sichersten Raum, auch auf einen etwa vorhandenen Balkon. Bei starkem Qualm auf dem Boden kriechen, mit nassem Tuch oder Schwamm vor dem Munde. Im Schuttraum alle Ritzen verstopfen, durch welche der Rauch eindringt. Bei erstendem Rauch Fenster öffnen, sich weit über die Fensterbrüstung legen, Rauch und Hitze über sich abgießen lassen. Sich der Feuerwehr am Fenster zeigen. Nicht aus dem Fenster springen, auch auf Zuruf des Publikums nicht. Anordnung der Feuerwehr genau befolgen. Sie rettet die Menschen immer zuerst in zweckmäßiger Weise. Falls Feuerwehr noch nicht da und höchste Lebensgefahr im Verzug ist: Zerbrechen von Fenstern, Türen und Türen mit einem Rettungsapparat oder einem Rettungsseil um die Brust unter den Armen und dann sich selbst. Benutzt zur Vorzüge einer hartes Wäsche (ein Seil) um die Brust, ein Seil, aus Bahnen eines veräppelten Leinwands, dreifach zusammengeknüpft, ein solches herzustellen, wie Gefangene sich schon oft aus Gefängnissen herabließen. Als letztes, aber gefährlichstes Mittel: Betten hinüberwerfen oder beibringen lassen oder Heu, Stroh, Düng und darauf springen! Sich und Kinder vorher gut einwickeln! Bei brennendem Stall ein einzelnes Tier mit bedecktem Kopf voranzutreiben und die anderen nachziehen. Nöhner in Säcken retten. Droht einem Hause Gefahr von außen durch Flugfeuer, so schließt sämtliche Fenster, Türen und Dachluden.

Brückenbauten

Der Stand des Rheinbrückenbaues Waldshut-Koblentz. Die Arbeiten am Unterbau der Rheinbrücke Waldshut-Koblentz schreiten rasch vorwärts, so daß wohl in wenigen Monaten mit dem Aufsetzen des eisernen Unterbaues begonnen werden kann, um die Brücke im Herbst 1932 dem Verkehr übergeben zu können. Diese Brücke, deren Bau schon vor dem Kriege beschlossen und dann 15 Jahre zurückgestellt worden war, erhält zwei Land- und zwei Flusspfeiler. Der jetzt im Bau befindliche Flusspfeiler wird der eiserne Unterbau, von der Eisenbau Wöhlen AG, aus der deutschen Seite als schwach gewölbter Vollwandträger montiert und über die beiden Pfeiler nach dem Schweizer Ufer vorgezogen, worüber die betonierete Fahrbahn und ebensolche Schwegel als Abschluss der Arbeiten geführt wird.

Mit der Fertigstellung der Brücke verschwindet die Fährbahn Waldshut-Koblentz, die als eine der ältesten ihrer Art den Verkehrs- und Personenverkehr zwischen Deutschland und der Schweiz vermittelte.

Altrheinbrücke bei Reuenburg

Die Bauarbeiten an der Altrheinbrücke, die im Gegensatz zu der alten, 58 Meter langen, nur 29 Meter lang werden soll, schreiten auch hier rüstig vorwärts. So sind die notwendig gewordenen Auffüllungen, von der westlichen Seite der Brücke her ausgeführt, bereits fertiggestellt. Vier starke Eisenbetonpfeiler, die Hauptträger der bedeutend vorbereiteten Brücke, sind bereits errichtet und auch die Fundamentierungsarbeiten schreiten rasch voran, werden jedoch durch die jeilige Kälte etwas beeinträchtigt.

Gebührenfestsetzung

Durch Verordnung des Innenministers vom 8. Februar d. J. werden die Gebühren der Untersuchungsämter für anstehende Krankheiten in einer gegen bisher ermäßigten Höhe neu festgesetzt.

Schweinezählung am 1. März 1932

Nach einer Bekanntmachung des Ministeriums des Innern wird die Vornahme einer Zählung der Schweine am 1. März 1932 und in Verbindung damit eine Ermittlung der nichtbeschaupflichtigen Hauschlachtungen von Schweinen für die Zeit vom 1. Dezember 1931 bis 29. Februar 1932 angeordnet. Mit dem Vollzug der Zählung hat der Minister das Statistische Landesamt beauftragt.

Aus der badischen Landwirtschaft

Ausgezeichnete Beisidung des Freiburger Weinmarktes. Der am Mittwoch, den 17. Februar 1932 stattfindende Freiburger Weinmarkt weist eine ganz ausgezeichnete Beisidung aus den verschiedensten badischen Weingebieten auf, so daß auf Grund des vorliegenden Angebots eine interessante Marktentwicklung zu erwarten ist. Hervorragend ist wieder der Kaiserstuhl vertreten, und zwar mit folgenden Weinorten: Achstaren (mit 20 Nummern), Bidsenloch (9), Bischofsingen (2), Bödingen (1), Breisach (1), Bärtheim (7), Endingen (20), Kiedrichsberg (2), Merdingen (4), Jhringen (39), Oberbergen (9), Oberrotweil (14); Marktgräfer Weine sind aus folgenden Orten gemeldet: Auggen (7), Ballrechten (3), Bellingen (1), Ebringen (3), Biengen (2), Brixingen (1), Dellingen (1), Ehrenstetten-Kirchhofen (5), Freiburg-Merzhofen (2), St. Georgen (15), Vausen (29), Mühlheim (4), Ruzingen (2), Schallstadt-Walzenweiler (25), Staufen (8), Sulzburg (1), Weibelbrunn (4). Außerdem hat Reuener eine Kollektion von 5 Weinen gemeldet. Es sind demnach der Kaiserstuhl mit 128 und das Marktgräfer Land mit 111 Weinen vertreten.

Aus der Landeshauptstadt

Volkstrauertag 1932. Der Kriegerdenkfund, Ortsgruppe Karlsruhe, hält auch in diesem Jahre wieder am Sonntag, den 21. Februar, nachmittags 4 Uhr, in der Evang. Stadtkirche in Karlsruhe eine Gedenkstunde ab, bei der der Kirchenmusikdirektor Bogel, der Gesangverein der Polizeibeamten und ein Posaunenchor mitwirken. Die Festansprache hält der ehemalige Kriegsteilnehmer, Herr Max Weber aus Grödingen bei Karlsruhe.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Montagmorgen: Unter dem Einfluß des über dem Festland noch vorhandenen Hochdruckridens, der uns von den skandinavischen Zyklogen trennt, behielten wir das meist wolkenlose Wetter. In tiefen Lagen stiegen die Temperaturen am Tage etwas über Null. Nachts herrschte strenger Frost. Der hohe Druck behauptet sich noch und wird uns auch morgen beeinflussen. — Voraussage: Fortdauer des winterlichen Frostwetters.

Kurze Nachrichten aus Baden

13. Mannheim, 15. Febr. Der Redaranal ist von der Schleuse bis zur Ibersheimer Kanalbrücke vollständig zugefroren. Die Eisdecke ist an den Ufern noch sehr schwach, in der Mitte aber schon etwas dicker. Der Redar bei Mannheim ist jetzt wieder ganz eisfrei, nachdem sich das Treibeis bei Heidelberg gestellt und der Redar dort zugefroren ist.

13. Forstheim, 13. Febr. Der Polizeibericht meldet: Nach einer Kundgebung der „Eisernen Front“ im Saalbau gestern Abend, wurden die Versammlungsbesucher auf dem Heimweg durch Angehörige der NSDAP belästigt. Die Polizei schritt ein und nahm fünf der Ruhestörer fest. Die Ruhe und Ordnung wurde sofort wiederhergestellt.

13. Hornberg, 15. Febr. Auf der Landstraße zum Föhrenbühl geriet ein mit drei Personen besetzter Schlitten in außerordentlich schnellem Tempo auf eine schneefreie Stelle, und durch die Gewalt des Anhaltens wurden die drei Personen vom Schlitten heruntergeschleudert. Ein Herr und eine Dame, ein Ehepaar Haus aus Hornberg, wurden schwer verletzt. Herr Haus erlitt einen doppelten Schenkelbruch, Frau Haus eine lebensgefährliche Lungenquetschung.

13. Freiburg i. Br., 13. Febr. Wie der Polizeibericht meldet, ist die von der Ortsgruppe Freiburg der NSDAP am Montag, den 15. d. M., abends 8.30 Uhr geplante öffentliche Versammlung in der Festhalle, in der als Hauptredner Prinz August Wilhelm sprechen sollte, auf Grund der Notverordnung vom 28. März 1931 polizeilich verboten worden. Das Verbot erfolgte, weil es in einer Zentrumsversammlung am vergangenen Freitag durch Nationalsozialisten zu systematischen Störungen und zu groben Ausschreitungen gekommen war, wodurch polizeiliches Einschreiten unter Gewaltanwendung erforderlich wurde. Im Hinblick hierauf hatte man durch Abhaltung der geplanten Versammlung eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu befürchten.

13. Konstanz, 13. Febr. Das Modell der Autofähre Konstanz, die die erste ihrer Art in Deutschland ist, ist im Deutschen Museum München, Abteilung Schiffbau, aufgestellt worden.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank (Amtlich)

	15. Februar	13. Februar		
	Geld	Wert	Geld	Wert
Amsterdam 100 G.	169.93	170.27	169.93	170.27
Kopenhagen 100 Kr.	79.82	79.98	79.77	79.93
Italien 100 L.	21.84	21.88	21.84	21.88
London 1 Pf.	14.49	14.53	14.48	14.52
New York 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris 100 Fr.	16.59	16.63	16.59	16.63
Schweiz 100 Fr.	82.14	82.30	82.08	82.24
Wien 100 Schilling	49.95	50.05	49.95	50.05
Bras. 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Die Großhandelsindexziffer ist mit 99,6 gegenüber der Normzahl um 0,3 Proz. gestiegen.

Berein Deutscher Eisfabriken, Mannheim. Wie in dem Geschäftsbericht ausgeführt wird, hielt sich der Umsatz trotz starker Konkurrenz mengenmäßig auf gleicher Höhe, wie in dem vorangegangenen Geschäftsjahre. Die Leistungsfähigkeit der Mannheimer Fabrik wurde verbessert; die Anlagen waren sowohl für das eigene Geschäft, als auch durch Schlaglohnarbeiten des Margarinerkonzerns im allgemeinen gut beschäftigt. In der Gewinn- und Verlustrechnung verbleibt einschließlich des Vortrags von 312 795 RM. ein Reingewinn von 624 031 Reichsmark. Der auf den 15. Februar einberufenen Generalversammlung wird vorgeschlagen, wiederum eine Dividende von 5 Prozent auszuschütten.

Starke Hausbewegung auf der New-Yorker Börse. Auf der Wertpapierbörse in New York herrschte am Samstag eine der höchsten Hausbewegungen der zwei letzten Jahre. Zahlreiche Wertpapiere schlossen mit einem Gewinn von 2 bis 15 Punkten. 2 220 000 Aktien haben den Besitzer gewechselt. Die Ursache dieser Bewegung ist die günstige Aufnahme des Gesekentwurfes über die Ausweitung der Kredite durch den Senat und den Kammerauschuss.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Die Festsetzung des Zuschlags an den Brandentschädigungen. Der gemäß Artikel 4 des Gesetzes vom 4. August 1920 über die Änderung des Gebäudeversicherungsgesetzes zu gewährende Zuschlag zur gesetzlichen Brandentschädigung wird bis auf weiteres in der Weise festgesetzt, daß für Schadensfälle, in denen die Wiederherstellung der Gebäude in der Zeit vom 15. Februar 1932 an erfolgt, eine Gesamtentschädigung (Grundentschädigung samt Zuschlag) in Reichsmark gewährt wird, die sich höchstens auf das 1,30fache der nach Baupreisen vom 1. August 1914 festgesetzten Entschädigung beläuft. Karlsruhe, den 13. Februar 1932. Der Minister des Innern. Raier.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruhelegungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Auf Ansuchen in den einstweiligen Ruhestand versetzt: Professor Dr. Harald Hofmann am Gymnasium in Heidelberg; Hauptlehrer Georg Sigfeld in Lärach; Hauptlehrer Wilhelm Gilbert in Weil a. Rh.; Hauptlehrer Karl Martin in Scherzgen.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen: Hauptlehrer Friedrich Huberer in Wehr.

Gestorben: Hermann Koch, Professor am Realgymnasium mit Oberrealschule in Weinheim.

Einladung.

Die Mitglieder der Badischen Anwaltskammer werden zur **ordentlichen Kammerversammlung** auf

Samstag, den 27. Februar 1932, nachmittags 1/3 Uhr, in das Justizgebäude zu Karlsruhe, Hans-Thoma-Strasse Nr. 7 (Schwurgerichtssaal) ergebenst eingeladen. Die vom Vorstand zu stellende Rechnung liegt für die Kammermitglieder während einer Woche vor der Versammlung auf dem Anwaltszimmer ebendasselbst auf. Die lokalen Anwaltsvereine werden ersucht, die Herren Kollegen ihres Bezirks außerdem noch besonders einzuladen (§ 6 G.O.).

Im Anschluß an die Versammlung gemeinsames Abendessen.

Karlsruhe, den 28. Dezember 1931. 2.647

Der Vorstand der Badischen Anwaltskammer
Der Vorsitzende
Dr. Dieh.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorsitzenden über die Tätigkeit des Vorstandes in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1931.
2. Rechnungslegung.
3. Entlastung des Vorstandes.
4. Bewilligung von 6000 RM zur Unterstützung von badischen Rechtsanwältinnen und deren Hinterbliebenen.
5. Anderweite Festsetzung des Kammerbeitrags und der Einfuhrungsstellen unter Ermäßigung des Beitrags für die untersten drei Stufen.
6. Vorstandswahlen.

Es scheiden aus infolge des Ablaufs ihrer Wahlperioden die Herren:

Schoß, Dr. Otto, Heidelberg; Fürst, Dr. Friedrich, Karlsruhe; Steinel, Eugen, Pforzheim; Marum, Dr. Ludwig, Karlsruhe; Kimmig, Dr. Wolfram, Konstanz; Pfeifferle, Dr. Otto, Freiburg; Harzer, Hermann, Lörrach; Rheinl, Anton, Rosbach, Brombacher, Wilhelm, Karlsruhe.

Im Vorstand verbleiben die Herren: Dieh, Dr. Eduard, Karlsruhe; Vielesfeld, Dr. Richard, Karlsruhe; Lindet, Anton, Mannheim; Gentil, Joseph, Mannheim; Gönner, Dr. Richard, Karlsruhe; Balbed, Dr. Florian, Mannheim; Ludwigs, Dr. Kurt, Mannheim; Nees, Adolf, Achern; Stein, Hugo, Karlsruhe.

7. Referate
a) über die Wirtschaftsprüferfrage und die Anwalts-Treuhand-A.G.
Referenten: Dr. Marum, Karlsruhe und Dr. Köhler, Karlsruhe;

b) über die Zivilprozessnovelle
Referenten: Dr. Dieh, Mannheim und Dr. Marx, Mannheim.

8. Verschäffenes.

Zentralheizung

Neuanlagen
Einbau in Altwohnungen
Umändern und Erweitern
bestehender Anlagen
Kesselreparaturen
Warmwasserbereitung

Sanitäre Anlagen

Emil Schmidt
Telefon 6440 Hebelstraße 3

Die Bauabteilung Kinzig in Nehl vergibt das 20. VI der Erdarbeiten für die Kinzigverlegung bei Nehl mit 220 000 cbm Erdbelegung u. 26 000 qm Böschungspflaster. Angebotsordrude sind gegen Voreinsendung von 5 RM von der genannten Dienststelle zu beziehen, wo auch die Planunterlagen eingesehen werden können. Eröffnungsstermin 27. Februar 1932, vormittags 11 Uhr bei der Bauabteilung Kinzig in Nehl, Kriemhildstraße Nr. 4. Zuschlagsfrist bis 14. März 1932. N.829

B.721. Karlsruhe, über das Vermögen der Maro-Film G. m. b. H. in Karlsruhe, Erdbrunnenstraße 31, wurde heute nachmittags 4 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist beidiger Buchhalter Otto Marx, Karlsruhe, Bad. Gaudelshof, Marktplatz. Konkursforderungen sind bis zum 1. März 1932 beim Gericht anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubiger-ausschusses, zur Entschlie-ßung über die in § 132 der Konkursordnung be-

zeichneten Gegenstände ist am: Freitag, den 11. März 1932, nachmittags 4 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 2. Stod, Zimmer Nr. 150. Der Gegenstand der Konkursmasse befindet sich zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeinsschuldner leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 5. März 1932 anzuzeigen. Karlsruhe, den 11. Febr. 1932. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 4.

Staats- und Gemeindebehörden

sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der bad. Regierung der

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger



Badisches Landestheater
Dienstag, 16. Februar 1932
* G 17 Th.-Gem. 201-300
und 1401-1500

Der Widerpenftigen Zähmung

Luffspiel von Galespeare
Regie: Baumbach
Mitwirkende:

Vertram, Emarth, Genter, Kademacher, Brand, Ernst, Gemmede, Herz, Dirck, Höder, Kienjers, Knebel, Kuhne, Luther, Rehner, R. Müller, Prüter, Schulze, b. d. Trend, Grimm, Huber, Mateo, S. Müller, Schönthalier

Anfang 20 Ende 22 1/2
Preise B (0,70-4,20 RM)

Mi.17.2.6. Sinfonie-Konzert Do.18.2. Tosca. Fr.19.2. Die Geirat wider Willen. Hier-auf: Der Wifanthrop. Sa.20.2. Napoleon oder Die hundert Tage. So. 21. 2. Radm.: Hanneles Himmelfahrt. Abds.: Zum ersten-mal: Das Herz. Im Kon- zertsaal: Keine Vorstellung.

Zentralhandelsregister für Baden

Achern. B.629

Zum Handelsregister bei Firma Papierfabrik Furschbach, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Furschbach, wurde eingetragen: Die Gesellschaft ist durch Gesellschaftsbeschluss vom 31. Dezember 1931 aufgelöst. Kaufmann Anton Koth in Achern, Haupt-straße, ist gerichtlich zum Liquidator bestellt. Achern, 16. Jan. 1932. Bad. Amtsgericht.

Freiburg i. Br. B.600

Handelsregister Freiburg: A Band III D.-Z. 184 bei Firma J. Keller, Freiburg: Die Prokura des Josef von Birch ist erloschen. Am 31. Dez. 1931. A Band X D.-Z. 134: Firma China- und Blumenhaus Dr. Willibrod Krot in Freiburg ist erloschen. Am 4. Jan. 1932. A Band I D.-Z. 180 bei Firma Greiner & Co. in Freiburg: Ingenieur Kaufmann Rudolf Kaffenberger in Freiburg hat Prokura. Die Prokura des Friedrich Koch ist erloschen. Am 4. Jan. 1932.

B Band VI D.-Z. 44 bei Schwanlandbahn-Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Freiburg: Bürgermeister Döhl ist als Vorstandsmitglied ausgeschieden. Am 30. Dez. 1931. B Band II D.-Z. 67: Die Vertretungsbefugnis der Liquidatoren des Freiburger Wilschhof, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Freiburg, ist beendet, die Firma erloschen. Am 31. Dez. 1931.

B Band V D.-Z. 105: Die Vertretungsbefugnis des Liquidators von Hildebrands Milchvertrieb, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Freiburg, ist beendet, die Firma erloschen. Am 31. Dez. 1931.

B Band VII D.-Z. 12: Karl Dold & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, mit dem Sitz in Gumbelzingen. Der Gesellschaftsvertrag ist am 23. Dezember 1931 festgesetzt. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und der Fortbetrieb der Baumschulen Karl Dold in Gumbelzingen, sowie die Erzeugung sämtlicher Baumschulartikel und der Fortbetrieb der mit dem Unternehmen verbundenen Abteilung Gartenarchitektur. Zur Erreichung und Förderung ihres Zweckes kann die Gesellschaft Grundstücke erwerben und beauftragen. Stammkapital: 80 000 RM. Die Gesellschaft wird durch einen oder mehrere Geschäftsführer vertreten. Sind

mehrere Geschäftsführer vorhanden, so genügt die Zeichnung durch zwei Geschäftsführer. Die Gesellschaft kann jedoch, auch wenn mehrere Geschäftsführer vorhanden sind, einem oder mehreren von ihnen die Alleinvertretung der Gesellschaft übertragen. Als Geschäftsführer mit dem Rechte der Alleinvertretung sind bestellt: Franz Martin, Kaufmann in Emmendingen, u. Karl Dold, Baumschulbesitzer u. Gartenarchitekt in Gumbelzingen. Der Geschäftsführer Karl Dold in Gumbelzingen bringt die ihm gehörige, unter der Firma Karl Dold betriebene Baumschule mit Aktien und Bauschul nach dem Stande vom 31. Dezember 1931 dergestalt in die Gesellschaft ein, daß das Geschäft vom 1. Januar 1932 an als auf Rechnung der Gesellschaft geführt angesehen wird. Der Wert dieses Einbringens ist auf 40 000 RM. angegeben, womit die Einlage des Genannten in gleicher Höhe geleistet ist. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. Am 5. Januar 1932.

B Band VII D.-Z. 13: Verlagsgesellschaft Freiburg mit beschränkter Haftung, mit dem Sitz in Freiburg: Der Gesellschaftsvertrag ist am 9. Dezember 1931 festgesetzt. Gegenstand des Unternehmens ist Errichtung, Erwerb und Betrieb einer Druckerei und Verlagsanstalt und aller mit dem Druckerei- und Verlagsgeschäft zusammenhängenden Geschäfte ohne Ausnahme. Zur Erreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben und diese fortzuführen. Stammkapital: 20 000 RM. Die Gesellschaft wird durch einen Geschäftsführer vertreten; Geschäftsführer ist Kaufmann Adolf Friedrich in Freiburg. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. Am 6. Jan. 1932.

Karlsruhe. B.702
1. Eugen Bähr, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Die Vertretungsbefugnis der Geschäftsführer Carl Mendel und Hermann Köhler ist beendet. P. Schöck, Direktor, Hamburg ist als weiterer Geschäftsführer bestellt. 1. 2. 32.
2. Deutsche Unterma-Gesellschaft mit beschränkter

Haftung, Riedel, Zweigniederlassung Karlsruhe. Die Prokura des Karl Hugo Schlüter ist erloschen. 3. 2. 32.
3. Thiergärtner, Maurer & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Baden-Baden, mit einer Zweigniederlassung in Karlsruhe unter der Firma Thiergärtner, Maurer & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Filiale Karlsruhe. (Hans-Sachs-Strasse 2.) Gegenstand des Unternehmens: Die Ausführung von heiltechnischen und sanitären Arbeiten aller Art, die Anfertigung von Projekten und Entwürfen über solche Arbeiten, speziell auch auf dem Gebiet kuratistischer Einrichtungen, ferner der Handel mit Apparaten und Einrichtungen für solche Arbeiten. Die Gesellschaft ist berechtigt, zu ähnlichen Zweigniederlassungen zu errichten, sich an gleichartigen Gesellschaften zu beteiligen oder solche ins Leben zu rufen. Stammkapital: 20 000 RM. Geschäftsführer: Eugen Maurer, Ingenieur, Heinrich Unbescheiden, Ingenieur, beide in Baden-Baden. Der Gesellschaftsvertrag ist am 16. März und 20. Mai 1931 festgesetzt. Die Gesellschaft wird durch einen oder mehrere Geschäftsführer vertreten. Der einzelne Geschäftsführer ist zur alleinigen Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Reichsanzeiger. 4. 2. 1932.

4. Josef Kattäter, Maschinenfabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Die Vertretungsbefugnis des Geschäftsführers Josef Kattäter ist beendet.
5. Badische Zementwarenfabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Karlsruhe. Durch Gesellschaftsbeschluss vom 27. Oktober 1931 ist die Gesellschaft aufgelöst. Der bisherige Geschäftsführer Otto Gruber, Ingenieur, Karlsruhe, ist Liquidator. 6. 2. 32.

Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. B.703
Handelsregister-Einträge.
1. Hermann Duffner, Karlsruhe. Einzellkaufmann: Hermann Duffner, Ingenieur, Karlsruhe. (Radiogeschäft, Marktgrabenstraße 51.) 30. 1. 32.
2. Graf Fritz von Sparre-Kronenberg, Karlsruhe. Franz Fischer ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Kaufmann Friedrich Carl

Röll, Karlsruhe, ist als persönlich haftender Geschäftsführer eingetreten; dessen Prokura ist erloschen. Zur Vertretung der Gesellschaft sind von nun an jeweils zwei der persönlich haftenden Gesellschafter gemeinsam berechtigt.
3. F. Schmidt & Co., Karlsruhe. Die Prokura der Frau Bertha Schmidt sowie die Firma sind erloschen. 2. 2. 32.
4. Theodor Zentler, Karlsruhe. Einzellkaufmann: Violetta Zentler, Karlsruhe. Prokura: Theodor Zentler, Huttmacher, Karlsruhe. Der Übergang der im Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei der Übernahme des Geschäfts durch Violetta Zentler ausgeschlossen. 4. 2. 32.
5. A. J. Etlinger, Karlsruhe. Die Prokuren der Herren David Hecht, Sally Reichenberger und Leopold Schwarz sind erloschen. 6. 2. 32.

Amtsgericht Karlsruhe.
Mannheim. B.630
Handelsregister-Einträge vom 16. Januar 1932.
Krauß-Wähler Gesell-schaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Die bereits eingetragenen Prokuren Peter Altenbock, Mannheim, Johannes Belske, Mannheim, und Fritz Bach, Saarbrücken, sind fortan berechtigt, je zu zweien die Gesellschaft zu vertreten.
Kupfermann & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Der Gesellschaftsbeschluss ist a. a. 5. Januar 1932 festgesetzt. Gegenstand des Unternehmens ist: der Handel mit Möbeln und Wohnungseinrichtungen sowie aller damit im Zusammenhang stehenden Artikel im weitesten Umfang, besonders der Fortbetrieb des von dem Geschäftsführer Jakob Kupfermann seither als Einzellkaufmann unter der Firma Kupfermann & Co. betriebenen Geschäfts. Zur Erreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen zu beteiligen und deren Vertretung zu übernehmen. Das Stammkapital beträgt 40 000 RM. Jakob Kupfermann, Kaufmann, und Jacques Reinberg, Kaufmann, beide in Mannheim, sind Geschäftsführer. Dem Oskar Baumann in Mannheim ist Prokura mit der Befugnis erteilt, die Firma der Gesellschaft gemeinsam mit einem Geschäftsführer oder einem anderen Prokuristen zu

zeichnen. Die Gesellschaft wird, wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind, vertreten durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen. Der Geschäftsführer Jakob Kupfermann ist berechtigt, die Gesellschaft selbständig zu vertreten, auch wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Der Gesellschafter Kaufmann Jakob Kupfermann in Mannheim bringt in die Gesellschaft ein: a) die im Geschäftsraum der seitigeren Einzellfirma Kupfermann & Co. in Mannheim, F. 4. 1., vorhandenen Warenbestände im Gesamtwert von 27 125 RM.; b) die gesamte Büro- u. Betriebs-einrichtung der Firma Kupfermann & Co. im Gesamtwert von 1675 RM.; c) ein Lieferauto im Werte von 1200 RM. Die Gesellschaft übernimmt diese Gegenstände zum Gesamtwert von 30 000 RM. Damit ist die Stammeinlage dieses Gesellschafters im gleichen Betrag geleistet. Die gesetzlich vorgeschriebenen Bekanntmachungen der Gesellschaft werden nur im Deutschen Reichsanzeiger veröffentlicht. Geschäftslokal: F. 4. 1/2.

Chemische Bad- u. Farb-Werte Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Emil Heinrich Schweizer ist nicht mehr Geschäftsführer. Clara Peter geb. Schweizer in Heidelberg ist zum Einzellprokuristen bestellt.
Böchem & Post Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Mannheim, Zweigniederlassung, Sitz: Sagen. Die Zweignieder-lassung ist aufgehoben.
Hans Schmidt & Co., Mannheim. Die offene Handelsgesellschaft hat am 15. Januar 1932 begonnen. Hans Schmidt, Kaufmann und Konditor, Karl Gleich, Kaufmann, beide in Mannheim, sind persönlich haftende Gesellschafter.
Kaufmann & Vensheim, Mannheim: Die Kaufleute Joseph Kaufmann und Julius Vensheim sind durch Tod aus der Gesellschaft ausgeschieden.
A. Hirsch jr., Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen.
Jakob Weber, Mannheim: Das Geschäft mit der Firma ist von Kaufmann Jakob Weber auf dessen Ehefrau, Maria Weber geb. Kreischer, in

Mannheim übergegangen. Der Übergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen u. Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerb des Geschäfts durch Maria Weber geb. Kreischer ausgesprochen. Dem Jakob Weber, Mannheim, ist Prokura erteilt. Jakob Biringier, Mannheim. Kaufmann Konrad Herold in Mannheim und Ingenieur Otto Besjone in Pforzheim sind in das Geschäft als persönlich haftende Gesellschafter eingetreten. Die offene Handelsgesellschaft hat am 1. Januar 1932 begonnen. Der Gesellschafter Ingenieur Jakob Biringier wohnt jetzt in Heidelberg. H. Beyer-Schmitt, Mannheim: Bei dem Geschäftsübergang sind die Grundstücke Lg. Nr. 2000d und Lg. Nr. 2000e der Gemarkung Mannheim auf den Kaufmann Carl Maria Beyer-Schmitt in Mannheim nicht mit übergegangen.
Bad. Amtsgericht, F.-G. 4, Mannheim.

Mannheim. B.646
Handelsregister-Einträge:
a) vom 19. Jan. 1932:
Badische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, Mannheim: Karl Wallinger ist nicht mehr Vorstandsmitglied.
b) vom 20. Jan. 1932:
Robert Grafstorff Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Zweignieder-lassung Mannheim in Mannheim, Sitz: Hannover: Die Prokura des J. Vaudrezel ist erloschen.
Carl Scheermann, Mannheim: Die Firma ist erloschen.
Philipp Haack & Co., Mannheim: Die offene Handelsgesellschaft hat am 15. Januar 1932 begonnen. Philipp Haack, Kaufmann, Adam Wüst, Kaufmann, beide in Ludwigshafen a. Rh., sind persönlich haftende Gesellschafter. Zur Vertretung der Gesellschaft ist nur der Gesellschafter Adam Wüst berechtigt.
Heinrich Kadel, Mannheim: Die Firma ist erloschen.
Bad. Amtsgericht, F.-G. 4, Mannheim.

Meßkirch. B.638
Handelsregister A Bd. I D.-Z. 136, Franz Leo, Meßkirch: Die Firma ist erloschen (20. 10. 1931).
D.-Z. 203: Karl Miller, Möbelfabrik, Meßkirch. Inhaber Karl Miller, Meßkirch (15. 1. 1932).
Meßkirch, 15. Jan. 1932. Bad. Amtsgericht.

Mannheim. B.637

Handelsregister-Einträge. A. Firma M. Feld Altmanns Sohn in Mosbach: Die Prokura des Julius Feld ist erloschen. Die Firma ist geändert in M. Feld. Inhaber ist: Max Bloch, Kaufmann in Mosbach, die Prokura der Ida Feld, jetzt Ehefrau des Max Bloch in Mosbach, ist beibehalten. Mosbach, 16. 1. 1932. Bad. Amtsgericht.

Offenburg. B.639
Handelsregister-Einträge. A. Bd. I D.-Z. 13, Firma Weg- und Emailwerke G. Robert Dold in Offenburg. Kommandit-gesellschaft: Aus der Gesellschaft ist ein Kommanditist ausgeschieden. Bezüglich zweier Kommanditistinnen wurden die Einlagen erhöht. Offenburg, 18. 1. 1932. Bad. Amtsgericht III.

Offenburg. B.640
Eintrag zum Handelsregister A. Bd. II D.-Z. 148: Firma Franz Schmalz, Schuhfabrik in Appenweier. Inhaber: Franz Schmalz, Fabrikant in Appenweier. Offenburg, 18. 1. 1932. Bad. Amtsgericht III.

Pforzheim. B.631
Handelsregister-Einträge. Vom 12. 1. 1932:
Firma J. S. Kahn, Pforzheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Kaufleute Richard u. Hans Kahn sowie Frau Rosa Kahn geb. Joseph in Pforzheim sind die Liquidatoren.
Vom 14. 1. 1932:
Firma Eugen Kett, Pforzheim: Die Prokura des Gustav Maurer in Pforzheim ist erloschen. Die Firmen Dürr & Werner, Nord-Drogerie Garab Rudolph, H. G. nold & Co., Pforzheim, sind erloschen. Bei letzterer ist die Gesellschaft aufgelöst.
Vom 18. 1. 1932:
Firma Rudolf Stierle, Pforzheim. Inhaber ist Ferdinand Rudolf Stierle, Kaufmann in Pforzheim. (Geschäft: Calmer-Str. 51.) Amtsgericht Pforzheim.

Singen a. S. B.641
Handelsregister-Einträge B II D.-Z. 4 bei der Firma Oberländer Zeitung (Singen) Nachrichten) Druckerei und Verlagsanstalt Ges. m. b. H. in Singen a. S.: Zum Geschäftsführer-Stellvertreter ist bestellt: Albert Gottschalk, Kaufmann und Betriebs-leiter in Singen a. S. Singen a. S., 16. 1. 32. Bad. Amtsgericht II.

Singen a. S. B.641

Handelsregister-Einträge B II D.-Z. 4 bei der Firma Oberländer Zeitung (Singen) Nachrichten) Druckerei und Verlagsanstalt Ges. m. b. H. in Singen a. S.: Zum Geschäftsführer-Stellvertreter ist bestellt: Albert Gottschalk, Kaufmann und Betriebs-leiter in Singen a. S. Singen a. S., 16. 1. 32. Bad. Amtsgericht II.

Singen a. S. B.641
Handelsregister-Einträge B II D.-Z. 4 bei der Firma Oberländer Zeitung (Singen) Nachrichten) Druckerei und Verlagsanstalt Ges. m. b. H. in Singen a. S.: Zum Geschäftsführer-Stellvertreter ist bestellt: Albert Gottschalk, Kaufmann und Betriebs-leiter in Singen a. S. Singen a. S., 16. 1. 32. Bad. Amtsgericht II.

Singen a. S. B.641
Handelsregister-Einträge B II D.-Z. 4 bei der Firma Oberländer Zeitung (Singen) Nachrichten) Druckerei und Verlagsanstalt Ges. m. b. H. in Singen a. S.: Zum Geschäftsführer-Stellvertreter ist bestellt: Albert Gottschalk, Kaufmann und Betriebs-leiter in Singen a. S. Singen a. S., 16. 1. 32. Bad. Amtsgericht II.

Singen a. S. B.641
Handelsregister-Einträge B II D.-Z. 4 bei der Firma Oberländer Zeitung (Singen) Nachrichten) Druckerei und Verlagsanstalt Ges. m. b. H. in Singen a. S.: Zum Geschäftsführer-Stellvertreter ist bestellt: Albert Gottschalk, Kaufmann und Betriebs-leiter in Singen a. S. Singen a. S., 16. 1. 32. Bad. Amtsgericht II.

Singen a. S. B.641
Handelsregister-Einträge B II D.-Z. 4 bei der Firma Oberländer Zeitung (Singen) Nachrichten) Druckerei und Verlagsanstalt Ges. m. b. H. in Singen a. S.: Zum Geschäftsführer-Stellvertreter ist bestellt: Albert Gottschalk, Kaufmann und Betriebs-leiter in Singen a. S. Singen a. S., 16. 1. 32. Bad. Amtsgericht II.

Singen a. S. B.641
Handelsregister-Einträge B II D.-Z. 4 bei der Firma Oberländer Zeitung (Singen) Nachrichten) Druckerei und Verlagsanstalt Ges. m. b. H. in Singen a. S.: Zum Geschäftsführer-Stellvertreter ist bestellt: Albert Gottschalk, Kaufmann und Betriebs-leiter in Singen a. S. Singen a. S., 16. 1. 32. Bad. Amtsgericht II.

Singen a. S. B.641
Handelsregister-Einträge B II D.-Z. 4 bei der Firma Oberländer Zeitung (Singen) Nachrichten) Druckerei und Verlagsanstalt Ges. m. b. H. in Singen a. S.: Zum Geschäftsführer-Stellvertreter ist bestellt: Albert Gottschalk, Kaufmann und Betriebs-leiter in Singen a. S. Singen a. S., 16. 1. 32. Bad. Amtsgericht II.

Singen a. S. B.641
Handelsregister-Einträge B II D.-Z. 4 bei der Firma Oberländer Zeitung (Singen) Nachrichten) Druckerei und Verlagsanstalt Ges. m. b. H. in Singen a. S.: Zum Geschäftsführer-Stellvertreter ist bestellt: Albert Gottschalk, Kaufmann und Betriebs-leiter in Singen a. S. Singen a. S., 16. 1. 32. Bad. Amtsgericht II.

Singen a. S. B.641
Handelsregister-Einträge B II D.-Z. 4 bei der Firma Oberländer Zeitung (Singen) Nachrichten) Druckerei und Verlagsanstalt Ges. m. b. H. in Singen a. S.: Zum Geschäftsführer-Stellvertreter ist bestellt: Albert Gottschalk, Kaufmann und Betriebs-leiter in Singen a. S. Singen a. S., 16. 1. 32. Bad. Amtsgericht II.

Singen a. S. B.641
Handelsregister-Einträge B II D.-Z. 4 bei der Firma Oberländer Zeitung (Singen) Nachrichten) Druckerei und Verlagsanstalt Ges. m. b. H. in Singen a. S.: Zum Geschäftsführer-Stellvertreter ist bestellt: Albert Gottschalk, Kaufmann und Betriebs-leiter in Singen a. S. Singen a. S., 16. 1. 32. Bad. Amtsgericht II.

Singen a. S. B.641
Handelsregister-Einträge B II D.-Z. 4 bei der Firma Oberländer Zeitung (Singen) Nachrichten) Druckerei und Verlagsanstalt Ges. m. b. H. in Singen a. S.: Zum Geschäftsführer-Stellvertreter ist bestellt: Albert Gottschalk, Kaufmann und Betriebs-leiter in Singen a. S. Singen a. S., 16. 1. 32. Bad. Amtsgericht II.

Singen a. S. B.641
Handelsregister-Einträge B II D.-Z. 4 bei der Firma Oberländer Zeitung (Singen) Nachrichten) Druckerei und Verlagsanstalt Ges. m. b. H. in Singen a. S.: Zum Geschäftsführer-Stellvertreter ist bestellt: Albert Gottschalk, Kaufmann und Betriebs-leiter in Singen a. S. Singen a. S., 16. 1. 32. Bad. Amtsgericht II.

Singen a. S. B.641
Handelsregister-Einträge B II D.-Z. 4 bei der Firma Oberländer Zeitung (Singen) Nachrichten) Druckerei und Verlagsanstalt Ges. m. b. H. in Singen a. S.: Zum Geschäftsführer-Stellvertreter ist bestellt: Albert Gottschalk, Kaufmann und Betriebs-leiter in Singen a. S. Singen a. S., 16. 1. 32. Bad. Amtsgericht II.

Druck G. Braun, Karlsruhe